

## Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB)

der

BABY-PLUS eG. Fachverband für Babyausstattung

Tiefe Gasse 11-13

97084 Würzburg

- nachfolgend „BABY-PLUS“ oder „wir“ genannt -

### § 1 Allgemeines, Geltungsbereich

1.1. Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen der BABY-PLUS Ein- und Verkaufsgenossenschaft eG, Tiefe Gasse 11-13, 97084 Würzburg („wir“) mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten (nachfolgend: „Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

1.2. Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen (im Folgenden auch: Ware) an uns, ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 651 BGB). Die AEB gelten in ihrer jeweils zuletzt in ein Vertragsverhältnis mit dem Verkäufer einbezogenen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für alle künftigen Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen mit demselben Verkäufer, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten (3). Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich im Rahmen einer individuellen Vereinbarung zugestimmt haben. Dies gilt auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen.

1.3. Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB.

1.4. Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Verkäufer uns gegenüber abzugeben sind (zB Fristsetzungen, Mahnungen, Erklärung von Rücktritt), bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform.

1.5. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

### § 2 Vertragsschluss

2.1. Unsere Bestellung gilt frühestens mit in Textform erfolgter Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (zB Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

2.2. Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 7 Tagen in Textform zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns.

### § 3 Lieferzeit und Lieferverzug

3.1. Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie vier (4) Wochen ab Vertragsschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich in Textform in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

3.2. Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

3.3. Ist der Verkäufer in Verzug, schuldet er uns eine Vertragsstrafe iHv 1% des Nettopreises pro vollendete Kalenderwoche

verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. Wir sind berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung und als Mindestbetrag eines vom Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften geschuldeten Schadensersatzes zu verlangen; die Geltendmachung eines weiteren Schadens bleibt unberührt. Nehmen wir die verspätete Leistung an, werden wir die Vertragsstrafe spätestens mit der Schlusszahlung geltend machen.

### § 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

4.1. Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige in Textform erklärte Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (zB Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z.B. Verkauf vorrätiger Ware).

4.2. Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Würzburg zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort (Bringschuld).

4.3. Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen in der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

4.4. Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Annahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

4.5. Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (zB Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

### § 5 Preise und Zahlungsbedingungen

5.1. Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

5.2. Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (zB Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (zB ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer auf unser Verlangen zurückzunehmen.

5.3. Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

5.4. Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Der Verzugszins beträgt jährlich 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Für den Eintritt unseres Verzugs gelten die gesetzlichen Vorschriften, wobei hiervon ggf abweichend in jedem Fall eine Mahnung durch den Verkäufer unter Wahrung der Textform erforderlich ist.

5.5. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.

5.6. Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

## **§ 6 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt**

6.1. An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.

6.2. Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (zB Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Verkäufers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

6.3. Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigegebenen Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

6.4. Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

## **§ 7 Mangelhafte Lieferung**

7.1. Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

7.2. Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.

7.3. Abweichend von § 442 Abs. 1 S 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

7.4. Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB), mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher

Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere sowie bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren offen zu Tage treten (zB Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung). Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungsspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. In allen Fällen gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 21 Arbeitstagen beim Verkäufer eingeht.

7.5. Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung vom Verkäufer aufgewendeten Kosten (einschließlich eventueller Ausbau- und Einbaukosten) trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

7.6. Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (zB wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

7.7. Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

7.8. Der Verkäufer verpflichtet, mangelhafte Ware an einem Ort unserer Wahl innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf eigene Kosten abzuholen. Dies betrifft insbesondere Ware, die bei einem unserer Abnehmer/Mitglieder belegen ist. Soweit mit dem Verkäufer vereinbart, kann der Versand mangelhafter Ware auch durch uns erfolgen. In diesem Fall sind wir berechtigt, den Versand bis zur Leistung der vollständigen voraussichtlichen Transportkosten durch den Verkäufer zurückzustellen. Unsere Ansprüche und Rechte werden hierbei nicht berührt, insbesondere besteht kein Zurückbehaltungsrecht des Verkäufers.

## **§ 8 Lieferantenregress**

8.1. Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 478, 479 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

8.2. Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mangelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 478 Abs. 3, 439 Abs. 2 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um Stellungnahme bitten. Erfolgt die Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist in Textform und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mangelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet; dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.

8.3. Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die Ware vor ihrer Veräußerung an einen Verbraucher durch uns oder einen unserer Abnehmer, zB durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

## § 9 Produzentenhaftung

9.1. Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

9.2. Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

9.3. Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 3 (drei) Mio EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

## § 10 Dauerschuldverhältnisse

10.1. Vorbehaltlich einer ausdrücklichen abweichenden Vereinbarung sind wir bei Dauerschuldverhältnissen zum monatlichen Kündigung berechtigt.

10.2. Ist bei Dauerschuldverhältnissen eine automatische Verlängerung vereinbart, so verpflichtet sich der Vertragspartner, uns zumindest zwei Wochen vor Ablauf der vereinbarten Kündigungsfrist jeweils in Textform über die automatische Verlängerung in Kenntnis zu setzen. Der Lieferant räumt uns für den Fall, dass er uns nicht rechtzeitig in Textform über die anstehende Verlängerung informiert hat, ein Sonderkündigungsrecht ein. Das Sonderkündigungsrecht steht uns vom Zeitpunkt der unterbliebenen Unterrichtung bis vier Wochen nach Zugang der Rechnung für die Leistungen der Verlängerungsperiode zu und ist durch uns in Textform auszuüben. Üben wir unser Sonderkündigungsrecht aus, so entfällt unsere Vergütungspflicht für die Leistungen der Verlängerungsperiode unter Ausschluss auch von Bereicherungsansprüchen des Lieferanten.

## § 11 Verjährung

11.1. Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

11.2. Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

11.3. Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

## § 12 Rechtswahl und Gerichtsstand

12.1. Für diese AEB und alle Rechtsbeziehungen zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts. Voraussetzungen und Wirkungen des Eigentumsvorbehalts unterliegen dem Recht am jeweiligen Lageort der Sache, soweit danach die getroffene Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unzulässig oder unwirksam ist.

12.2. Ist der Verkäufer Kaufmann iSd Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Würzburg. Wir sind jedoch auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung zu erheben.

12.3. Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieser AEB lässt ihre Wirksamkeit im Übrigen unberührt.

Stand: 12/2016



BABY-PLUS eG

Tiefe Gasse 11-13

97084 Würzburg

Telefon +49 (0) 931/299 25-0

Fax +49 (0) 931/299 25-110

Internet: [www.baby-plus.de](http://www.baby-plus.de)

E-Mail [info@baby-plus.de](mailto:info@baby-plus.de)

## General Terms and Conditions of Purchase

from  
BABY-PLUS eG. Fachverband für Babyausstattung  
Tiefe Gasse 11-13  
97084 Würzburg

- hereinafter "BABY PLUS" or "we" -

### § 1 General information, scope

1.1. These General Terms and Conditions of Purchase (GTCs) apply to all business relationships between BABY-PLUS Ein- und Verkaufsgenossenschaft eG, Tiefe Gasse 11-13, 97084 Würzburg, Germany ("us") on the one hand, and our business partners and suppliers (hereinafter referred to as: "Vendors") on the other. The GTCs only apply if the Vendor is an "entrepreneur" ("*Unternehmer*", section 14 of the German Civil Code (BGB)), a public-law legal entity or a public-law fund.

1.2. In particular, the GTCs apply to agreements on the sale and/or delivery of movable items (hereinafter also referred to as: "Goods") to us, irrespective of whether the Vendor produces the Goods itself or purchases them from suppliers (sections 433, 651 BGB). The GTCs also apply, in the version most recently included in a contractual relationship with the Vendor, as a framework agreement for all future agreements on the sale and/or delivery of movable items with the same Vendor, without us having to refer to them again in each individual case

1.3. These GTCs apply exclusively. Any deviating or supplementary general terms and conditions of business of the Vendor, or general terms and conditions of business of the Vendor that run contrary to these GTCs, shall only become part of the agreement if and to the extent that we have explicitly consented to their validity in an individual agreement. This shall apply even if, being aware of the Vendor's general terms and conditions of business, we accept the Vendor's deliveries subject to no reservations.

1.4. Any individual agreements reached with the Vendor on a case-by-case basis (including collateral agreements, supplements and amendments) shall always take precedence over these GTCs.

1.5. Any declarations and notifications that are of legal significance and that the Vendor has to submit to us following the conclusion of the agreement (e.g. the setting of deadlines, reminders, declarations of withdrawal) must be made in text form<sup>1</sup> in order to be valid.

1.6. Any references to the validity of statutory provisions shall only serve as clarification. This means that, even without such clarification, the statutory provisions shall apply unless they have been directly amended or explicitly excluded in these GTCs.

### § 2 Conclusion of an agreement

2.1. Our order shall be deemed binding at the earliest at the time of submission in text form, or at the time of confirmation. The Vendor shall draw our attention to any evident errors (e.g. clerical and calculation errors), or aspects that are incomplete, in the order, including the order documents, so that we can correct/complete the order before it is accepted; otherwise, the agreement shall be deemed not to have been concluded.

2.2. The Vendor is required to confirm our order within a period of 7 days in text form or, in particular, to execute it subject to no reservations by dispatching the Goods (acceptance). Delayed acceptance shall be deemed to constitute a new offer and must be accepted by us.

### § 3 Delivery periods and default on delivery

3.1. The delivery period stated by us in the order is binding. If the delivery period is not specified in the order and has not been agreed otherwise either, then it amounts to four (4) weeks as of time at which the agreement is concluded. The Vendor is obliged to inform us without delay in text form if it is likely to be unable to adhere to agreed delivery periods - for whatever reason.

3.2. If the Vendor fails to perform its services either at all, or by the agreed delivery deadline, or if the Vendor defaults, then our rights - in particular to rescission and compensation - shall be based on the statutory provisions. The provisions set out under sub-section 3 shall remain unaffected.

3.3. If the Vendor is in default, then it shall owe us a contractual penalty corresponding to 1% of the net price for each full calendar week, but not exceeding 5% of the net price of the Goods that were delivered late. We are entitled to levy the contractual penalty in addition to performance and as the minimum amount of damages owed by the Vendor based on the statutory provisions; the right to assert claims to further damage shall remain unaffected. If we accept the delayed service, then we shall levy the contractual penalty at the time of final payment at the latest.

### § 4 Performance, delivery, transfer of risk, default in acceptance

4.1. The Vendor is not entitled to arrange for third parties (e.g. sub-contractors) to perform the services owed by it without our prior consent,

which must have been issued in text form. The Vendor shall bear the procurement risk for its services in the absence of any agreements to the contrary (e.g. sale of Goods that are in stock).

4.2. Delivery shall be made within Germany on a "delivery free domicile" basis to the location specified in the order. If the destination is not specified and has not been agreed otherwise, then the delivery is to be made to our registered office in Würzburg. The place of destination in question shall also be the place of performance (obligation to deliver the Goods to the buyer's own premises (*Bringschuld*)).

4.3. A delivery note specifying the date (issue and dispatch), the content of the delivery (item numbers and quantity) and our order reference (date and number) shall be attached to the delivery. If the delivery note is missing or is incomplete, then we are not responsible for any resulting delays in processing and payment. Over and above the delivery note, we are to be sent a corresponding dispatch notification with the same content.

4.4. The risk of accidental loss or deterioration of the Goods shall pass to us at the time of handover at the place of performance. If official acceptance (*Abnahme*) has been agreed, then this shall determine the transfer of risk. The statutory provisions of the law governing contracts for work and services shall apply accordingly in cases involving official acceptance in other respects, too. If we are in default with regard to acceptance of the Goods, this shall be deemed tantamount to handover/acceptance.

4.5. The statutory provisions shall apply regarding when we are in default with regard to acceptance of the Goods. The Vendor must, however, explicitly offer us its services even if a calendar date that has been, or can be, specified has been agreed for an action or form of cooperation (e.g. provision of material). If we default with regard to acceptance of the Goods, the Vendor is entitled to demand compensation for its additional expenses in accordance with the statutory provisions (section 304 BGB). If the agreement relates to a non-fungible item that is to be manufactured by the Vendor (customised production), then the Vendor shall only have further-reaching rights if we have entered into an obligation to cooperate and we are to blame for the lack of cooperation.

### § 5 Prices and payment terms

5.1. The price stated in the order is binding. All prices include statutory VAT if this is not shown separately.

5.2. In the absence of any agreements to the contrary in individual cases, the price shall include all services and ancillary services provided by the Vendor (e.g. assembly, installation), as well as all ancillary costs (e.g. proper packaging, transportation costs, including any transport and liability insurance). The Vendor must take back packaging material at our request.

5.3. The agreed price is due for payment within 30 calendar days of full delivery and performance (including any agreed official acceptance) and receipt of a due and proper invoice. If we pay within 14 calendar days, then the Vendor shall grant us a 3% discount on the net invoice amount. In cases involving bank transfers, payment shall be deemed to have been made on time if our bank receives our remittance order before the expiry of the payment period; we are not responsible for delays caused by the banks involved in the payment process.

5.4. We do not owe any overdue payment interest (*Fälligkeitsszinsen*). The rate of interest on defaulted payments (*Verzugszins*) shall be 5 percentage points above the base interest rate per annum. The statutory provisions shall determine whether we are in default. In possible derogation of this, we must always receive a reminder from the Vendor in text form.

5.5. We shall have rights of set-off and retention, as well as the right to object to contractual non-performance, to the extent set out by law. In particular, we are entitled to retain due payments for as long as we still have claims vis-à-vis the Vendor resulting from incomplete or defective deliveries.

5.6. The Vendor shall only have a right of set-off or retention on the basis of counter-claims that have been determined in a non-appealable judgment or are undisputed.

### § 6 Confidentiality and reservation of title

6.1. We reserve property rights and copyrights to illustrations, plans, drawings, calculations, implementation instructions, product descriptions and other documents. Such documents shall be used exclusively for the contractual performance and must be returned to us once the agreement has been completed. The documents are to be kept secret from third parties, even after the termination of the agreement. The confidentiality obligation shall only lapse if and to the extent that the knowledge contained in the documents provided has become public knowledge.

6.2. The abovementioned provision shall apply accordingly to substances and materials (e.g. software, finished and semi-finished products), as well as to tools, templates, samples and other objects that we make available to the Vendor for manufacturing purposes. Such objects are -

<sup>1</sup> Translator's note: unlike the previous "written form" (*Schriftform*) under German law, which requires personally signed by the declarant, the text form (*Textform*) requirement is deemed satisfied by a readable declaration, in which the declarant is named and which is made on a durable medium like a letter on paper, an e-mail or SMS, etc]

as long as they are not processed - to be stored separately at the Vendor's expense and insured against destruction and loss to an appropriate extent.

6.3. The processing, mixing or combination (further processing) by the Vendor of objects that are made available shall be performed for us. The same applies to the further processing, by us, of the Goods delivered, meaning that we are deemed to be the manufacturer and acquire ownership of the product at the latest at the time of further processing in line with the statutory provisions.

6.4. The transfer of the ownership of the Goods to us must be subject to no conditions and shall apply irrespective of the payment of the price. If, however, we accept an offer made by the Vendor for the transfer of ownership, subject to the condition that the purchase price is paid, then the reservation of title of the Vendor shall lapse, at the latest, when the purchase price for the Goods delivered is paid. We remain authorised to sell on the Goods in the course of our ordinary business activities, even before the purchase price is paid, subject to the advance assignment of the resulting claim (alternatively, validity of the simple reservation of title and reservation of title prolonged to cover the further sale. This means that all other forms of reservation of title are excluded in all cases, in particular the extended or the transferred reservation of title, or the reservation of title prolonged to cover further processing.

#### **§ 7 Defective delivery**

7.1. In the absence of any provisions to the contrary, the statutory provisions shall apply to our rights in the event of material defects and defects of title affecting the Goods (including the delivery of the wrong products or quantities, inappropriate assembly, incorrect assembly, operating or user instructions) and in the event of other breaches of duty on the part of the Vendor.

7.2. In accordance with the statutory provisions, the Vendor shall, in particular, be liable for the Goods having the agreed characteristics at the time of the transfer of risk. The term "agreement on characteristics" shall, in any event, be taken to mean those product descriptions that form part of the agreement in question - in particular because they are specified or referred to in our order - or are incorporated into the agreement in the same way as these GTCs. The question as to whether the product description originates from us, from the Vendor or from the Manufacturer shall be irrelevant in this regard.

7.3. By way of derogation from section 442 (1) sentence 2 BGB, we shall have unlimited claims based on defects even if we were not aware of the defect at the time the agreement was concluded as a result of gross negligence.

7.4. The statutory provisions (sections 377, 381 of the German Commercial Code (HGB)) shall apply to the commercial duty to inspect the Goods and object to any defects, subject to the following: Our duty to inspect the Goods shall be limited to defects that become apparent as part of a visual check performed during our incoming goods control process, include the delivery documents, and during our spot quality checks (e.g. damage caused during transportation, delivery of the wrong Goods or the wrong quantities). If acceptance has been agreed, then there shall be no duty to inspect the Goods. The question as to how feasible an inspection is, taking into account the circumstances of the individual case, in the ordinary course of business shall also be decisive. Our right to object to defects that are discovered at a later date shall remain unaffected. In all cases, our objection (notification of defects) shall be deemed to have been raised without delay and in a timely manner if it is received by the Vendor within 21 working days.

7.5. The costs incurred by the Vendor in order to check and improve the Goods (including any dismantling and installation costs) shall be borne by the Vendor even if it turns out that the Goods were not, in fact, defective. Our liability for damages based on unjustified defect rectification requests shall remain unaffected; within this context, however, we shall only be liable if we recognised that there was no defect, or failed to recognise this due to gross negligence.

7.6. If the Vendor fails to fulfil its subsequent performance obligation - which shall involve, at our discretion, rectifying the defect (improvement) or delivering Goods that are free of defects (replacement delivery) - within an appropriate period set by us, then we are entitled to rectify the defect ourselves and demand compensation from the Vendor for the expenses incurred in this regard/a corresponding advance payment. If the Vendor's subsequent performance has failed or cannot be reasonably expected of us (e.g. due to particular urgency, risks to operational safety or the imminent risk of disproportionate damage), then no deadline needs to be set; we shall inform the Vendor of such circumstances without delay, and in advance where possible.

7.7. In the event of material defects or defects of title, we are also entitled to reduce the purchase price or withdraw from the agreement based on the statutory provisions. We shall also be entitled to damages and the reimbursement of expenses in line with the statutory provisions.

7.8. The Vendor is obliged to collect defective Goods at a location of our choice within the Federal Republic of Germany at its own expense. This shall apply, in particular, to Goods located at one of our customers/members. Insofar as has been agreed with the Vendor, the dispatch of defective Goods can also be performed by us. In such cases, we are enti-

led to delay the dispatch until the Vendor has paid the expected transportation costs in full. This shall not affect our claims and rights. In particular, the Vendor shall have no right of retention.

#### **§ 8 Supplier recourse**

8.1. In addition to the claims based on defects, we shall have the rights of recourse within a delivery chain set out by law (supplier recourse pursuant to sections 478, 479 BGB) subject to no restrictions. In particular, we are entitled to demand precisely the type of subsequent performance (improvement or replacement delivery) from the Vendor that we owe our customer in individual cases. This shall not limit our statutory right to choose (section 439 (1) BGB).

8.2. Before we recognise or satisfy a claim based on defects asserted by our customer (including the reimbursement of expenses pursuant to sections 478 (3), 439 (2) BGB), we shall inform the Vendor and ask the Vendor to make a statement, providing a brief description of the facts of the case. If the statement is not issued within a reasonable period in text form and if no amicable solution can be reached, then the claim based on defects actually granted by us shall be deemed owed to our customer; in such cases, the Vendor shall have the burden of furnishing proof to the contrary.

8.3. Our claims resulting from supplier recourse shall apply even if the Goods were processed further, before being sold to a consumer, by us or one of our customers, e.g. by way of incorporation into another product.

#### **§ 9 Producer's liability**

9.1. If the Vendor is responsible for product damage, it is obliged to indemnify us against third-party claims to damages to the extent that the reason lies within its organization and sphere of control and as it is liable itself vis-à-vis third parties.

9.2. Within the framework of its indemnification obligation, the Vendor shall reimburse expenses, pursuant to sections 683, 670 BGB, that are incurred under or in connection with third-party claims, including any recall measures taken by us. We shall inform the Vendor - insofar as is possible and reasonable - about the content and scope of recall measures and shall give the Vendor an opportunity to comment. This shall not affect any further-reaching statutory claims.

9.3. The Vendor shall take out and maintain a product liability insurance policy providing lump-sum cover of at least 3 (three) million euros per incidence of bodily injury/physical loss or damage.

#### **§ 10 Continuous obligations**

10.1. Subject to any explicit agreement to the contrary, we have the right to monthly termination in cases involving continuous obligations.

10.2. If automatic extension has been agreed in respect of continuous obligations, then the contractual partner undertakes to inform us, at least two weeks before the expiry of the agreed termination period, of the automatic extension in text form. In the event that the supplier has failed to provide us with notice, in text form, of the imminent extension on time, the supplier grants us a special termination right. We shall have the special termination right from the time of the failure to notify until four weeks after receiving the invoice for the services in the extension period, and shall be exercised by us in text form. If we exercise our special termination right, then our obligation to pay remuneration for the services rendered during the extension period shall lapse, also to the exclusion of claims of the supplier based on unfair enrichment.

10.3. Any changes in prices and conditions within the context of continuous obligations shall always require our consent, which shall be issued in text form at the very least.

#### **§ 11 Limitation**

11.1. The reciprocal claims of the Parties shall become statute-barred in accordance with the statutory provisions in the absence of any agreements to the contrary below.

11.2. By way of derogation from section 438 (1) no. 3 BGB, the general limitation period for claims based on defects is 3 years from the time of the transfer of risk. Insofar as official acceptance has been agreed, the limitation period shall commence at the time of official acceptance. The 3-year limitation period shall also apply accordingly to claims based on defects of title. In this respect, the statutory limitation period for third-party real rights to demand the return of property (section 438 (1) no. 1 BGB) shall remain unaffected; what is more, claims based on defects of title shall not, under any circumstances, become statute-barred for as long as the third party can still assert the right - in particular in the absence of limitation - against us.

11.3. The limitation periods under sales law, including the extension referred to above, shall apply - within the statutory scope - to all contractual claims based on defects. Insofar as we also have extra-contractual claims to damages based on a defect, then the regular statutory limitation period (sections 195, 199 BGB) shall apply in this regard unless the application of the limitation periods under sales law results in a longer limitation period in the case in question.

## § 12 Choice of law and place of jurisdiction

12.1. The law of the Federal Republic of Germany shall apply to these GTCs and all legal relationships between us and the Vendor, to the exclusion of uniform international law, in particular the UN Convention on the International Sale of Goods (CISG). The requirements for, and the impact of, the reservation of title shall be subject to the law that applies in the location where the Goods are stored, insofar as the choice of law in favour of German law is inadmissible or ineffective in that jurisdiction.

12.2. If the Vendor is a businessman (*Kaufmann*) within the meaning of the German Commercial Code, a public-law legal entity or a public-law fund, then the sole - also international - place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship shall be our registered office in Würzburg. We are, however, also entitled to file claims at the place of performance of the delivery obligation.

12.3. In the event that individual provisions of these GTCs are invalid, this shall not affect the validity of the remaining provisions.

Stand: 12/2016



BABY-PLUS eG  
Tiefe Gasse 11-13  
97084 Würzburg  
Telefon +49 (0) 931/299 25-0  
Fax +49 (0) 931/299 25-110  
Internet: [www.baby-plus.de](http://www.baby-plus.de)  
E-Mail [info@baby-plus.de](mailto:info@baby-plus.de)